

## **Leserbrief: Bericht über die Friedenskonferenz am 25.09.2010 in Rotenburg / Fulda (aus der Sicht eines Teilnehmers)**

Am Samstag, 25. September fand in Rotenburg an der Fulda (in der Nähe von Kassel) eine ganztägige Informationsveranstaltung statt, die von den Initiatoren den wohlklingenden Namen "Friedenskonferenz" erhalten hatte.

Nachdem ich von einer Bekannten hierauf aufmerksam gemacht worden war, sah ich mich ermuntert, mich mit dem Thema näher zu beschäftigen und erkannte -unter Berücksichtigung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage in Europa- die absolute Notwendigkeit und auch Dringlichkeit, die hinter dem Vorhaben steht, um Deutschland nach 65 Jahren die volle Souveränität und die erforderliche Handlungsfähigkeit zu verschaffen und somit die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland wieder herzustellen.

Dieses wird auch auf der Weltnetzseite vom Mit-Initiator der Konferenz, dem "Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e.V." ([www.zds-dzfmr.de](http://www.zds-dzfmr.de)) klar zum Ausdruck gebracht:

"Der Zweite Weltkrieg ist nie wirklich beendet worden. Es gibt keinen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten. Die Freiheit der Bürger in Deutschland und Europa ist akut gefährdet. Mit wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung über legislatives Unrecht wächst auch die Gefahr eines Bürgerkrieges, den es unter allen Umständen zu verhindern gilt."

Am Ort der Veranstaltung hatten sich fast 100 Interessierte eingefunden und schon der Einführungsvortrag zum Thema "Wem gehört die BRD?" hatte es in sich. Dass die BRD weniger ein Staat sondern wohl eher eine "Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes" ist, bei uns weiterhin das Besatzungsrecht gilt und wir somit quasi eine "Kolonie der USA" sind, hat wohl jeder Teilnehmer gewusst, der nur das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" aufmerksam gelesen hat. Vielen Zuhörern war aber nicht bekannt, dass die Vereinigten Staaten auch eine Firma (eine Corporation?) sein sollen und noch zum Vereinigten Königreich / Großbritannien gehören würden. Und fast niemand kannte ein ca. 800 Jahre altes Gesetz, wonach Großbritannien noch Lehensgebiet des Vatikan sein würde.

Danach wurde der "Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e.V." (ZDS-DZFMR) näher vorgestellt; das ist als Menschenrechtsorganisation ein Dachverband in Deutschland zur Wahrung der Rechte, insbesondere der Grundrechte. Die Charta des ZDS-DZFMR beruht auf dem **UMRG (UNIVERSALES MENSCHENRECHTSGESETZ)**.

Über die Weltnetzseite dieser Organisation können interessierte Bürger Informationen über mögliche Maßnahmen gegen erlittenes Unrecht erhalten; dadurch sollen begangene Menschenrechtsverletzungen beendet und Zukünftige verhindert werden.

Auf die an die Landtage der einzelnen Bundesländer gerichteten Petitionen wurde besonders hingewiesen, worauf sich Betroffene z.B. bei Maßnahmen gegen Rechtsbeugung beziehen können.

Als großer Erfolg ist die Einrichtung des ersten "deutschen Amt für Menschenrechte" zu sehen.

Viele der Teilnehmer nutzten die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme und äußerten Ihre teilweise gegensätzlichen Meinungen zu bestimmten Besprechungsthemen, wodurch sich eine lebhafte Diskussion ergab, was aber durchaus erwünscht war.

Allerdings waren sich die meisten Kongress-Teilnehmer einig, dass alle ein gemeinsames Ziel erreichen wollen, so wie es bereits seit Jahren im Lied der Deutschen zu finden ist: "Einigkeit und Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland".

Dazu wurde auch die flächendeckende Aufklärung des Deutschen Volkes über die tatsächliche Rechtslage in Deutschland vereinbart und zur Umsetzung wurden nach kurzer Abstimmung vorerst 4 Arbeitskreise gebildet. Jeder Anwesende konnte sich zur aktiven Mitarbeit in diesen Gruppen in vorbereitete Listen eintragen:

- Medien und Öffentlichkeitsarbeit,
- Rechtsfragen,
- Außen- und Sicherheitspolitik,
- Europäische Integration.

Die vom "Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e.V." vorgestellte Zielrichtung ist allerdings nicht konsequent verfolgt worden, obwohl hier die geniale Lösung des Problems liegen könnte:

"Deutschland wieder handlungsfähig machen, bedeutet: Das Volk muß sich auf der Bürgerplattform organisieren..... der Friedensvertrag für Deutschland ist ja schon im GG verbrieft - erkennbar in der Verbindung von Art. 1-4 mit 146 GG."

Der Friedensvertrag ist also die VERWIRKLICHUNG der Menschenrechte in Deutschland und die Aufgabe der Deutschen in der ganzen Welt ist, dafür auf der BÜRGERPLATTFORM Sorge zu tragen.

Hierzu ist das Deutsche Volk nunmehr aufgerufen:

- "- Erkenne das Deutsche Reich (von 1871!) als unseren Heimatstaat,
- Begreife diesen als eigenen Rettungsring für eine glückliche und friedvolle Zukunft,
- Nutze die Chance zur Mitwirkung und Umsetzung des gemeinsamen Ziels,
- Sei die Veränderung selbst, packe mit an, hilf dabei aktiv mit,
- Unterstütze die Arbeit vom Zentralrat Deutscher Staatsbürger."

Abschließend zeigten sich die meisten Teilnehmer durchaus zufrieden mit dem erzielten Ergebnis der Veranstaltung, das als 1. Schritt auf dem Weg zu "Einigkeit und Recht und Freiheit" gewertet werden kann.

Im Anschluss an die Konferenz wurden noch detaillierte Hinweise zum Themenkomplex "Natürliche Person" im Gegensatz zur "Juristischen Person" gegeben, was in den Personalausweisen an der Schreibweise in Großbuchstaben (MAX MUSTERMANN) erkennbar ist. Ein Betroffener berichtete ausführlich über seine erstaunlichen Erfahrungen mit der Personenstandserklärung, um sich aus "der Versklavung befreien zu können". ([www.natuerlicheperson.de](http://www.natuerlicheperson.de)).

Am frühen Abend nutzte der harte Kern unter den Teilnehmern noch die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit einem Vertreter des ZEB (Zentralrat Europäischer Bürger). "Das ist eine karitative, unabhängige anonym-aktive und öffentlich-rechtliche Körperschaft nach deutschem Recht zur Wahrung, Umsetzung und Schutz sowie Förderung der Menschenrechte für das bürgerliche Volk im Bund. Sie untersteht keiner staatlichen Aufsicht und ist eine Gebietskörperschaft des Bürgers nach Art. 1, 20 I GG für das Volk in Deutschland". ([www.zeb-org.de/](http://www.zeb-org.de/)).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch die gemeinsame Konferenz ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der in nationalen und internationalen Gesetzen verbrieften Menschenrechte getan wurde. Hierdurch läßt sich mit aktiver Unterstützung vom Deutschen Volk auch das im Grundgesetz (Art. 146) festgelegte Ziel erreichen, nämlich die Wiederherstellung Deutschlands mit einer Verfassung, in der die Menschenrechte grundlegender Bestandteil werden müssten. Und dann wäre es bis zum Friedensvertrag für Deutschland wohl nur noch ein kleiner Schritt.

Petra Hanke (Pseudonym)  
07.10.2010

PS: Passendes Foto unter: (<http://www.goebel-hotels.com/rotenburg/hotel-rodenberg/>)